

Bern

Der digitale Kontakt mit Patienten

Spitex Sensoren am Arm, elektronische Patientendossiers oder die eigene Pflege mit Tablet managen. In der Alterspflege ist die Digitalisierung auf dem Vormarsch. Die Gewerkschaften warnen vor «Rationalisierung».

Brigitte Walser

Ein Tablet ist immer dabei, wenn Angestellte der Spitex Bern losfahren. Das Gerät navigiert sie zum nächsten Patienten, zeigt an, welche Pflege dort vorgesehen ist, und listet die nötigen Medikamente auf. Mit einem Klick bestätigen die Spitex-Angestellten die erledigten Arbeitsschritte, geben Blutdruckwerte ein oder fotografieren die Wunde, um das Bild der elektronischen Dokumentation beizufügen. Das Gerät erfasst ihre Einsatz- sowie Wegzeiten und stellt Daten für die Abrechnung bereit. Es ersetzt bereits viele Papierordner – und trotzdem sagt die Geschäftsführerin Claudine Bumbacher: «Digitalisierung ist eines unserer wichtigsten Vorhaben der nächsten Jahre.»

In Sachen Digitalisierung sind Spitex-Organisationen zwar schon weit fortgeschritten, «viele unserer Mitglieder erledigen Planung und Dokumentation auf elektronischem Weg», erklärt Roger Guggisberg, Geschäftsleiter des bernischen Spitexverbands.

Doch jetzt folgt der nächste Schritt, nämlich der digitale Kontakt mit Beteiligten ausserhalb der Spitex-Organisationen, zum Beispiel mit Patientinnen und Patienten. «Wir wollen den Kundenkontakt und die Kundeninteraktion verbessern», sagt auch Bumbacher.

Temperatur direkt eintippen

Ihre Organisation, die in der Stadt Bern und in Kehrsatz tätig ist, bezieht die Software von der Root-Service AG. Gemäss Geschäftsleiter Otto Mayer gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, Spitex-Patienten ein Tablet abzugeben. So können sie Daten eingeben oder Informationen einsehen, welche Spitex-Angestellte beim Besuch ebenfalls verwenden. Einige Spitex-Organisationen in der Schweiz nutzen dieses System bereits. Derzeit noch im Konzeptstadium seien Technologien, in denen Patienten zudem ihre eigene Pflege managen, etwa mithilfe von Chatsystemen, sagt Mayer. Damit wäre es auch möglich, Spitemtermine anzukündigen, zu vereinbaren oder zu verschieben. «Doch dafür sind die Systeme und unsere Prozesse noch nicht



Das Tablet begleitet die Mitarbeiterinnen von Spitex Bern auf jeder Tour. Foto: Franziska Rothenbühler

bereit – und die Patienten auch nicht», hält Guggisberg fest.

Gemeinsamer Standard fehlt

Fast noch komplizierter ist es für die Spitex, mit der Ärzteschaft, mit Spitälern, Apotheken oder Krankenkassen die geeignete digitale Kommunikationsform zu finden. «Die Daten sind vorhanden, aber die Frage ist, welche wie und an wen weitergegeben werden», sagt Guggisberg. Hier sei die gesamte Branche gefordert, vermehrt Standards zu entwickeln. Ein erster Schritt ist mit einer Spitex-Onlineanmeldung erreicht. In einem Jahr müssen zudem Spitälern das elektronische Patientendossier anbieten, die Spitex arbeitet am Aufbau mit und Guggisberg empfiehlt den bernischen Verbandsmitgliedern, dieses ebenfalls zu nutzen.

Das elektronische Dossier ermöglicht Einsicht in Berichte, Röntgenbilder, Medikamentenlisten oder Laborresultate. Aller-

dings, so Guggisberg: «Man wird zwar Daten abrufen, nicht aber gezielt miteinander kommunizieren können.» Ausserdem werde das Dossier erst einen Nutzen erreichen, wenn sich möglichst viele Gesundheitsfachleute daran beteiligten.

Für die eigenen vier Wände können Patienten ebenfalls technische Lösungen einrichten: Es

Ein Jahr nach der Krise

Die Spitex Bern hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Eine zerstrittene Leitung sowie eine fragwürdige Entschädigungspraxis auf oberster Ebene hatten die Organisation in die Krise gestürzt. Einen Neustart markierte die Wahl eines fast komplett ausgewechselten Verwaltungsrates im Sommer 2018. Anfang 2019 kam nun Claudine Bumbacher als Geschäftsführerin neu hinzu. Bei ihrem Start sei vieles wieder stabil gewesen, «ich

gibt Notrufknöpfe, mit denen sie nach Hilfe rufen können, oder Sensoren, die bei einem Sturz Alarm schlagen. Die Spitex kann eine jener Stellen sein, die den Alarm entgegennimmt. «Auch hier braucht es geeignete Kommunikationsmittel, damit die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist», sagt Bumbacher. So verwundert es nicht,

dass im neuen Strategiepapier der Spitex Bern die Digitalisierung mehrmals erwähnt wird.

Keine Roboterpflege

Nicht zuletzt soll sie eine Antwort auf knapper werdende Ressourcen sein. Eines aber ist für Bumbacher klar: «Digitalisierung heisst für uns nicht, dass in nächster Zeit Roboter die Pflege

übernehmen.» Von solchen Szenarien sei man weit entfernt. Die Gewerkschaft Unia hält auf Anfrage fest, die Digitalisierung könne einerseits den Arbeitsalltag erleichtern, andererseits werde sie aber auch oft dazu genutzt, die Ökonomisierung und Rationalisierung der Pflege voranzutreiben. Diese Rückmeldungen habe man auch öfter aus dem Bereich der Spitex erhalten, sagt Unia-Mediensprecherin Silja Kohler. Es sei schon vorgekommen, dass eine Spitex-Organisation eine App mit zeitlichen Vorgaben nutzte. Diese habe bei den einzelnen Arbeitsschritten kaum noch Spielraum für Unvorhergesehenes gelassen. Darum hätten die Angestellten versucht, auf Kosten ihrer Pausen oder der Freizeit den Zeitplan einzuhalten. Die Unia fordert zudem angemessene Schulungen, zumal es besonders für die ältere Generation schwieriger sei, sich mit neuen Technologien zurechtzufinden.

«Die Daten sind vorhanden. Aber die Frage ist, welche wie und an wen weitergegeben werden.»

Roger Guggisberg
Geschäftsleiter des bernischen Spitexverbands

Bernische Frauenhäuser sind bald rund um die Uhr erreichbar

Gewalt Das Telefon der Frauenhäuser im Kanton Bern ist nicht immer bedient. Das fordert aber eine internationale Konvention.

Frauen, die vor den Gewalttaten ihres Partners flüchten müssen, erhalten Schutz in Frauenhäusern. Und zwar rund um die Uhr, so lautet die gängige Meinung. Das ist aber im Kanton Bern nicht der Fall. Während 46 Stunden pro Woche ist das Telefon der drei Frauenhäuser im Kanton Bern nicht bedient. Das ist insbesondere für die Frauen ein Problem, die sich in ihrer Not nicht an die Polizei wenden wollen, weil sie zum Beispiel keine gültigen Aufenthaltspapiere haben. Doch seien es nicht bloss Frauen mit illegalem Aufenthaltsstatus, die die Polizei meiden, sagt die Lei-

terin des Frauenhauses in Bern, Christine Meier. Denn häusliche Gewalt ist ein Offizialdelikt, das von der Polizei verfolgt werden muss, sobald sie davon Kenntnis hat. «Es gibt immer wieder Frauen, die zögern, diese Maschinerie anzuwerfen, etwa weil der Partner auch der Vater der gemeinsamen Kinder ist», erklärt Meier. Und wenn eine Frau voller blauer Flecken, ohne Geld und mit kleinen Kindern am Bahnhof stehe, dann brauche sie rasch Hilfe, wie Sema Karakus vom Frauenhaus St. Gallen sagt.

Darum wollen die drei bernischen Frauenhäuser im Novem-

ber eine Hotline einrichten, unter der sie jederzeit telefonisch erreichbar sind. Nun sammeln sie Geld. Denn in einer Pilotphase von drei Jahren finanzieren sie den Telefondienst selbst. Danach hoffen sie, das Geld vom Kanton zu erhalten.

Mit dem 24-Stunden-Telefondienst schliessen die drei bernischen Frauenhäuser eine Lücke im Angebot der Schutzeinrichtungen und holen auf, was in anderen Kantonen bereits gewährleistet ist, etwa in Zürich, Basel oder St. Gallen. Und sie kommen einer Forderung der sogenannten Istanbul-Konvention nach,

die in der Schweiz seit dem 1. April 2018 in Kraft ist.

Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention ist ein internationales Übereinkommen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen. Sie wurde am 11. Mai 2011 in Istanbul abgeschlossen und im Juni 2017 von der Bundesversammlung genehmigt.

Mitte März hat der Grosse Rat des Kantons Bern eine Analyse in Auftrag gegeben, die aufzeigen soll, wie die Istanbul-Konvention auf kantonaler Ebene umzusetzen sei. Der Regierungsrat will dies bis Ende 2020 tun.

Die kostenlose und rund um die Uhr erreichbare telefonische Beratungsstelle ist eine der von der Konvention geforderten Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen. Frauenhäuser sind eine weitere.

Ein von der Schweizerischen Konferenz gegen Häusliche Gewalt (SKHG) verfasster Bericht zur Umsetzung der Konvention auf kantonaler Ebene sieht vor allem hier Handlungsbedarf. Es gebe zu wenig Plätze in Frauenhäusern und zu wenig adäquate Anschlusslösungen. Ihre Finanzierung sei ungenügend gesichert. Zudem seien die Schutz-

und Informationsangebote vielen Opfern zu wenig bekannt.

Die drei Frauenhäuser im Kanton Bern bieten gemeinsam Platz für 19 Frauen und 16 Kinder. Die Frauen und Kinder wohnen dort während einiger Tage oder mehrerer Wochen, bis sie entweder nach Hause zurückkehren oder eine eigene Wohnung gefunden haben. Gemäss der Schweizer Kriminalstatistik wurden im Bereich häusliche Gewalt 18 522 Straftaten verübt. 24 Frauen und Mädchen wurden dabei getötet.

Naomi Jones